

Positionspapier des EVG-Landesverbandes Senioren Sachsen zur Situation der „Kranken- und Pflegeversicherung“

Für den sozialen Frieden und das Vertrauen in eine verantwortungsvolle Regierungspolitik ist ein verlässlicher und zukunftsfähiger Generationenvertrag auch auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik unverzichtbar. Die Sicherheit, dass die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und Pflegeversicherung (GPV) nicht ins Unermessliche steigen, ist für junge und ältere Beitragszahler gleichermaßen wichtig.

Die bisher geführten Diskussionen und momentanen Entwicklungen zur GKV und GPV zeigen auf, dass ein Paradigmenwechsel zur Stabilisierung der Systeme notwendig wird.

Eine moderne Gesundheitspolitik muss sowohl die Einnahmen- und Ausgabenseite ehrlich prüfen. Ein grundlegender Schritt zur Einnahmenseite wäre es, alle Erwerbstätigen in das gesetzliche System einzubeziehen – z. B. auch Beamte, Selbstständige und Abgeordnete.

Das wird notwendig, da die Lasten ungleich verteilt sind. Während gesetzlich Versicherte durch ihre Beiträge die Hauptlast für das Gesundheitssystem in Deutschland aufrecht erhalten, tragen die privat Versicherten nur durch ihre Einkommenssteuer zu dem Teil bei, der vom Bund getragen wird. Die Infrastruktur (Krankenhäuser usw.) ist aber Ländersache.

Heute ausschließlich privat Versicherte könnten sich auch weiterhin zusätzlich privat versichern, hätten aber eine gesetzliche Grundversorgung. Das Gleiche trifft für die GPV zu. Gesetzlich Pflegeversicherten wird ja auch heute schon angeraten, sich zusätzlich zu versichern.

Auf der Ausgabenseite müssten ebenso versicherungsfremde Leistungen konsequent aus dem Gesundheitssystem herausgelöst und vom Staat finanziert werden. Das betrifft z.B. Finanzierung des Klinikumbaus, Ausbildung von Pflegekräften, Weiterbildung der Hausärzte und Aufbau der Telematik-Struktur, was derzeit nur von den gesetzlich Versicherten über deren Beiträge (ca. 750 € pro Versicherten und Jahr) getragen wird. Auch die Bekämpfung von Alkohol-/Drogenmissbrauch, Zuckerkonsum oder Übergewicht sind ebenfalls gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

Dass solche Reformen funktionieren können, zeigen Beispiele in anderen europäischen Ländern.

Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich müssen wieder spürbar gelebt werden. Die öffentlich geführte, emotional aufgeladene Debatte „Alt gegen Jung“ gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.